

## **V-02** Klimagerechtigkeit jetzt - Berlin erkläre den Klimanotstand!

Antragsteller\*in: Lisa Maria Eckart, u.a. (KV Neukölln)

Tagesordnungspunkt: V-Anträge

### 1 **Klimagerechtigkeit jetzt - Berlin erkläre den Klimanotstand!**

2 Wir müssen die Realität beim Namen nennen und dementsprechend handeln: Der Klimawandel ist  
3 die größte Krise der Menschheit und eine Überlebensfrage für unsere und alle nachfolgenden  
4 Generationen. Wir steuern auf eine Katastrophe zu und haben weniger als 10 Jahre, um das  
5 schlimmste abzuwenden. Dafür reichen nicht ein paar einzelne Gesetze, dafür müssen wir das  
6 große Ganze in den Blick nehmen.

7 Die Frauen\*Konferenz von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin fordert deshalb das Berliner  
8 Abgeordnetenhaus, sowie die Bezirksverordnetenversammlungen der Bezirke auf, den  
9 Klimanotstand (engl. "climate emergency") auszurufen und damit die menschengemachte  
10 Klimakrise offiziell anzuerkennen sowie Klimaschutzmaßnahmen wie im Berliner Energie- und  
11 Klimaschutzprogramm (BEK) 2030 beschlossene höchste Priorität einzuräumen und schnellst  
12 möglichst umzusetzen. Wir wollen in Berlin nicht mehr darüber diskutieren, ob und wie  
13 schnell wir Klimaschutzmaßnahmen umsetzen, sondern wie wir alle den Prozess unterstützen  
14 können.

### 15 **Der Klimakrise gemeinsam entgegentreten!**

16 Um den Begriff Klimanotstand gibt es nachvollziehbar eine Debatte. Es geht darum, dass der  
17 Begriff Notstand in Deutschland bereits juristisch festgelegt ist und Regierungen die  
18 Möglichkeit gibt, die Gesellschaft von politischen Entscheidungsprozessen auszuschließen.  
19 Wir Grüne kritisieren zu Recht diese Maßnahme des Notstandes und machen uns für die  
20 Beteiligung verschiedenster Gruppen stark. Beim Klimanotstand geht es jedoch eher darum,  
21 dass alle anerkennen, dass Klimagerechtigkeit in allen Politikfeldern höchste Priorität  
22 haben muss. Die Gesellschaft soll nicht in ihren Rechten eingeschränkt, sondern aktiv  
23 mitgenommen werden. Wer meint, die Klimakrise könnte alleine durch politische Entscheidung  
24 ohne Unterstützung der Gesellschaft eingedämmt werden, hat das Ausmaß unserer aktuellen  
25 Situation nicht verstanden. Die tiefgreifende Veränderung unserer Lebensweise, der es  
26 bedarf, um eine klimagerechtere Welt zu schaffen, ist ohne den Rückhalt der Gesellschaft  
27 nicht zu schaffen. Bisher tun sich viele Grüne auch schwer mit dem Begriff, weil er  
28 suggeriert, die Klimakrise wäre nicht mehr aufzuhalten und man könnte ohnehin nichts gegen  
29 sie unternehmen. Wir verstehen die Ausrufung des Klimanotstands als einen Appel, der die  
30 Möglichkeit hat, mehr Menschen für das Thema zu sensibilisieren. Denn heute können wir noch  
31 mitentscheiden, wie sich die Welt verändert. In 10 Jahren, wenn weitere Kippunkte erreicht  
32 werden, verändert sich die Welt, ohne dass wir etwas dagegen tun können. Allen Menschen muss  
33 klar werden, wie wichtig es ist, jetzt radikale Klimagerechtigkeitspolitik zu machen. Von  
34 den Folgen des Klimawandels sind diejenigen am meisten betroffen, die am wenigsten dazu  
35 beitragen. Dies gilt innerstädtisch sowie global. In Berlin leben etwa meist finanziell  
36 schwächer ausgestattete Menschen an vielbefahrenen Straßen oder in energetisch nicht  
37 sanierten Häusern. Der Klimawandel ist somit auch eine soziale Gerechtigkeitsfrage, weil nur  
38 bestimmte Menschen über die Mittel verfügen, sich gegen die Folgen des Klimawandels zu  
39 wehren. Es geht uns nicht darum, dass wir den Berliner\*innen grundlos Dinge wie das  
40 Autofahren oder das Fleischessen verbieten, sondern dass wir unser aller Lebensgrundlage  
41 erhalten wollen. Gesellschaftliche Veränderung können wir nur gemeinsam schaffen, indem wir

42 uns über unsere Bedürfnisse austauschen und überlegen, wie wir diese gesellschafts- und  
43 umweltverträglich befriedigen können. Niemand soll ausgeschlossen oder benachteiligt werden.

44 **Der Klimanotstand muss Folgen haben und darf nicht einfache Symbolpolitik bleiben!**

45 Höchstes Ziel muss es sein, das 1,5 Grad Ziel, auf das sich bei der Klimakonferenz 2015 in  
46 Paris geeinigt wurde, einzuhalten. Im Koalitionsvertrag wurde sich geeinigt, die Berliner  
47 Klimaziele an die von Paris anzugleichen. Diese Vereinbarung muss schnellst möglich  
48 umgesetzt werden. Um das 1,5 Grad Ziel zu erreichen, müssen wir uns jetzt überlegen, wie wir  
49 bis 2030 unsere Treibhausgasemissionen auf ein Netto 0 reduzieren, unsere Stadt möglichst  
50 autofrei machen oder die Energiewende weg von fossilen Energieträgern schaffen.

51 Im ersten Schritt fordern wir...

52 1. Alle von der Stadt Berlin eingeleiteten Maßnahmen werden ab sofort unter einen  
53 Klimavorbehalt gestellt, das heißt Auswirkungen auf das Klima müssen bei Entscheidungen  
54 prioritär mitberücksichtigt werden. Im Falle von erhöhter Klimabelastung, muss eingehend  
55 nach Alternativen gesucht und falls unumgänglich, Kompensationsmaßnahmen festgelegt werden.

56 2. In allen Berliner Bezirken sollen Klimaschutzbeauftragte (sogenannte Klimamanager\*innen)  
57 angestellt werden, die die Umsetzung des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms (BEK)  
58 2030 auf Bezirksebene koordiniert und dessen Fortschritt überprüft.

59 3. Klimaräte sollen in den Bezirken einberufen werden, die die\*den Klimabeauftragte\*n  
60 unterstützen, dazu beitragen, Maßnahmen bekannt zu machen und deren Folgen und  
61 Notwendigkeiten der Bevölkerung näher zu bringen. Dieses Gremium soll divers sein und  
62 verschiedene Perspektiven abbilden.

63 4. Um das Ziel von Netto 0 bis 2030 zu erreichen, müssen die Zahlen für die  
64 Treibhausgasemissionen für verschiedene Sektoren vollständig erfasst und veröffentlicht werden.  
65 Für landeseigene Unternehmen gibt es erfreulicherweise bereits Fahrpläne, um CO2 Emissionen  
66 schnellst möglich zu reduzieren. Zu der Erarbeitung dieser Fahrpläne sollen auch weitere  
67 der Haupt-CO2-Emittenten verpflichtet werden.

68 5. Berlin und Brandenburg sollen als Energieregion stärker zusammen gedacht werden. Der  
69 Berliner Ausstieg aus fossilen Energieträgern ist nur konsequent, wenn auch Brandenburg  
70 ausschließlich erneuerbaren Strom produziert. Die Gespräche zwischen den beiden Ländern  
71 sollen deshalb intensiviert werden. Thema soll auch sein, wie Berlin Brandenburg beim  
72 Ausstieg unterstützen kann.

73 6. Klimaschutz und Sozialverträglichkeit müssen zusammen gedacht werden. Das Land Berlin  
74 soll dazu ein Förderprogramm einführen.

75 7. Um Klimaschutz auf Landesebene transparent und öffentlichkeitswirksam zu gestalten, soll  
76 eine Website eingerichtet werden, die über kommunale Klimaschutzmaßnahmen informiert und  
77 Möglichkeiten zur Mitwirkung darstellt. Diese Informationen sollen in einfacher Sprache  
78 sowie mehrsprachig zugänglich sein. Außerdem soll die Senatsverwaltung für Umwelt und  
79 Verkehr in Kooperation mit der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie damit  
80 beauftragt werden, ein Konzept zu erarbeiten, wie alle Berliner\*innen dabei unterstützt  
81 werden können, zur sozial-ökologischen Transformation beizutragen.

## Begründung

### **Weitere Antragstellerinnen:**

Annka Esser (KV Tempelhof-Schöneberg), Kira Wesbuer (KV Pankow), Elisa Rahn (Marzahn-Hellersdorf), Santina Wey (KV Tempelhof-Schöneberg), Jana Brix (KV Charlottenburg-Wilmersdorf), Laura Neugebauer (KV Mitte)